

**Pressemitteilung am 4. November 2015:**

## **Veröffentlichung des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses bezüglich der Amtszeit des Präsidiums 2009-2014**

Der Untersuchungsausschuss mit Cortina Bittner vom Gehörlosen-Verband Schleswig-Holstein, Sascha Nuhn vom Landesverband der Gehörlosen Hessen und Gerhard Jandy vom Landesverband der Gehörlosen Bayern, haben am 24. Oktober 2015 den Abschlussbericht zu der Amtszeit des vorherigen Präsidiums von 2009 bis 2014 bei der ordentlichen Bundesversammlung in Hannover vorgestellt.

Der Abschlussbericht besteht aus zwei Teilen: Zum einen werden die Ergebnisse zu den früheren Vorgängen vorgestellt, zum anderen werden Handlungsempfehlungen für die Zukunft benannt. Der Bericht unterscheidet dabei vier Rollen: Die Rolle des DGB, die Rolle des früheren Präsidiums, die Rolle der Mitgliederversammlung und schließlich die Bedeutung der Satzung.

Nach der Vorstellung des Berichts in der Bundesversammlung hat der Untersuchungsausschuss auf Anforderungen der Bundesversammlung den Abschlussbericht erneut überarbeitet, insbesondere jene Teile, bei denen es um die Vorgänge des ehemaligen Präsidiums geht. Nach zwei anschließenden internen Abstimmungen der Mitgliedsverbände kann der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses nun heute veröffentlicht werden.

Der Untersuchungsausschuss hat weiterhin auf der Bundesversammlung bekannt gegeben, dass er seine Arbeit nicht weiter führen wird. Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses war am 1. November 2014 auf der außerordentlichen Bundesversammlung in Frankfurt/Main beschlossen worden.

Das Präsidium und die Mitgliedsverbände bedanken sich bei Cortina Bittner, Sascha Nuhn und Gerhard Jandy für ihre sorgfältige Arbeit für den Untersuchungsausschuss, vor allem für die Aufarbeitung der früheren Vorgänge sowie die Entwicklung von Handlungsempfehlungen, die zum Wohl des DGB und der Gebärdensprachgemeinschaft beitragen werden.

Nun haben die Mitgliedsverbände und die Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich demnächst mit den Ergebnissen des Abschlussberichts auseinanderzusetzen und somit mehr Klarheit über die Ursachen der Schuldenkrise erlangen zu können. Das jetzige Präsidium wird sich bei nächsten Bundesversammlungen für die Aufklärung bzgl. der früheren Vorgänge des alten Präsidiums zur Verfügung stellen. Das Präsidium verfolgt nach wie vor das Ziel, dass der DGB aus der Schuldenkrise gestärkt hervorgehen wird.

Vor der Vorstellung seines Berichtes bei der Bundesversammlung hatte der Untersuchungsausschuss den Ausschluss der Presse beantragt, mit der Begründung, der Bericht beinhalte sensible Daten. Die Mitgliedsverbände hatten dem Antrag zugestimmt. Die anwesenden Pressevertreter wurden von dieser Entscheidung überrascht. Um Unklarheiten ähnlicher Art in Zukunft zu vermeiden, wurde am 25. Oktober bei der Diskussion zwischen den Pressevertretern und der Bundesversammlung festgehalten, dass die Presse stets vorab informiert werden soll, wenn ein nicht-öffentlicher Teil innerhalb der Bundesversammlung notwendig ist. In solch einem Fall wird dann der Presse - als wichtige Medienpartner des DGB - eine gesonderte Pressekonferenz angeboten.